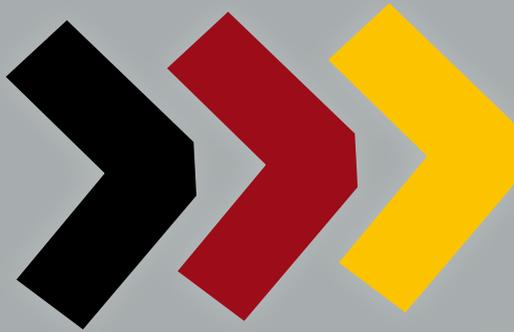




NATÜRLICH DEUTSCH

**» DAS PROGRAMM ZUR
BUNDESTAGSWAHL 2013**



NATÜRLICH DEUTSCH

» **DAS PROGRAMM ZUR
BUNDESTAGSWAHL 2013**

Herausgeber:

NPD-Parteivorstand
Seelenbinderstr. 42, 12555 Berlin
030 - 650 110
parteizentrale@npd.de

V.i.S.d.P.: Jörg Hänel, Seelenbinderstr. 42, 12555 Berlin - E.i.S.

» VORWORT	4
» SOZIALES	7
» FINANZEN	18
» ENERGIE	24
» RAUMORIENTIERTE VOLKSWIRTSCHAFT	30
» INNERES	34
» IDENTITÄT	41
» FAMILIE	46
» UMWELT- UND TIERSCHUTZ	51
» GESUNDHEIT	54
» BILDUNG	58
» AUSSEN- UND EUROPAPOLITIK	63
» SICHERHEIT UND VERTEIDIGUNG	67



Liebe Landsleute,

haben Sie eigentlich schon einmal darüber nachgedacht, warum die NPD auf allen Kanälen so gut wie täglich im Gespräch ist? Vielleicht liegen Ihnen jetzt Antworten auf der Zunge wie: „Weil Ihr Nazis seid!“ oder „Klar – die NPD wird ja demnächst verboten!“



Aber da müssen wir Sie enttäuschen. Natürlich sind wir keine „Nazis“. Und verboten wird die NPD sicherlich auch nicht – denn wenn sie etwas Verbotenes tun würde, wäre sie ja längst verboten. Das letzte Verbotungsverfahren gegen die NPD scheiterte vor zehn Jahren, das wird diesmal nicht anders sein.

Also – was ist an uns so schlimm, daß alle Politiker der sogenannten „demokratischen“ Parteien, sämtliche Massenmedien tagein, tagaus über uns herziehen?

Könnte es vielleicht sein, daß die NPD mit ihren politischen Positionen recht hat? Daß sie mit ihren Forderungen als einzige Partei die richtigen Antworten gibt? Sind wir bei den anderen Parteien deshalb so verhaßt? Und ist Ihnen schon einmal aufgefallen, daß ständig nur über uns berichtet wird, daß Medien und Politiker aber so gut wie nie mit der NPD sprechen? Obwohl immer behauptet wird, wir hätten gar keine Argumente und würden nur Phrasen dreschen?

Vielleicht stimmt das ja gar nicht.

Und jetzt sagen wir Ihnen etwas, das Sie vielleicht überraschen wird: Alle Bundestagsparteien – die sogenannten „demokratischen“ Parteien – sind sich in allen wichtigen politischen Fragen völlig einig. Ob SPD oder CDU, FDP oder GRÜNE, es macht keinen Unterschied: Alle wollen mit unserem – auch Ihrem! – Geld den Euro, Griechenland und die übrigen europäischen Schuldenstaaten „retten“, obwohl alle insgeheim wissen, daß diese Politik längst gescheitert ist.

Alle wollen, daß noch mehr Zuwanderer nach Deutschland kommen – obwohl Ausländer nicht zwangsläufig eine „Bereicherung“ für unser Land sind.

Alle Bundestagsparteien tragen durch ihre Politik dafür Verantwortung, daß das Leben in Deutschland immer teurer wird, daß die Mieten explodieren, daß der Strom- und Benzinpreis steigt, daß es so schwer ist, eine bezahlbare Wohnung zu bekommen.

Alle etablierten Parteien wollen noch mehr „Europa“ und wollen deshalb auch das Grundgesetz abschaffen – aber angeblich will doch die NPD das Grundgesetz und die freiheitlich-demokratische Grundordnung in unserem Land beseitigen! Da kann doch etwas nicht stimmen!

Fällt Ihnen etwas auf? Richtig – nur die NPD trägt für alle Fehlentwicklungen, die das Leben in Deutschland immer teurer machen, keinerlei Verantwortung. Nur die NPD ist seit vielen Jahren gegen die Katastrophpolitik der etablierten Parteien. Nur die NPD sagt „Nein!“ zur Euro-



Rettung. Zum ESM. Zu Bundeswehreinheiten in aller Welt. Und zu immer noch mehr Ausländern, die überproportional häufig in den Verbrechenstatistiken auftauchen.

Sind die anderen Parteien vielleicht deshalb so sauer auf uns? Versuchen sie deshalb, uns anzuschwärzen und als unwählbar hinzustellen?

Liebe Wählerin, lieber Wähler: damit können wir leben. Und wir können warten, bis auch Sie irgendwann genug haben von den „Erfolgen“ der Bundestagsparteien. Das kann schneller gehen, als Ihnen lieb ist.

Ach ja, wen haben SIE eigentlich bei der letzten Wahl gewählt? Na, sehen Sie...

Und jetzt blättern Sie bitte einmal in aller Ruhe die folgenden Seiten durch und lassen Sie sich unsere Argumente durch den Kopf gehen. Sie werden feststellen, daß wir wahrscheinlich auch Ihnen aus der Seele sprechen.

Und bei der Bundestagswahl 2013, da sollten Sie dann die NPD wählen. Es sieht ja keiner. Und es geht auch um Ihre Zukunft.

Also, wir hören von Ihnen!

Ihr



Holger Apfel
NPD-Parteivorsitzender



LEBEN IN DEUTSCHLAND
GERECHT UND BEZAHLBAR

» SOZIALES

Seit vielen Jahren sind die sozialen Probleme in der Bundesrepublik unübersehbar. Stück für Stück wird der Sozialstaat ausgehöhlt, werden bewährte Standards herabgesetzt. Die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich immer weiter. Hinzu kommt, daß vielen zukünftigen Rentnern bereits in wenigen Jahren Altersarmut droht. Die Systemkrise in Europa führt zu weiteren Folgen, die erheblichen Sprengstoff in sich bergen. Dennoch ergreifen die etablierten Parteien keinerlei Maßnahmen zum Erhalt der Sozialsysteme. Bei ihnen haben internationale Interessen Vorrang vor der Bewahrung einer gerechten deutschen Sozialordnung.

Im Mittelpunkt nationaler Politik stehen nicht die Profitinteressen multinationaler Konzerne, sondern das Wohl eines jeden Deutschen in einer gerechten und solidarischen Gemeinschaft. **Die NPD hält an der Ordnung des Nationalstaates fest**, in dessen Rahmen unser Volk seine Werte pflegt, seine Sicherheit gewährleistet, seine Zukunft sichert und die materiellen Voraussetzungen seines Lebens und Überlebens im 21. Jahrhundert garantiert. Die Erhaltung unseres Volkes und der Schutz aller seiner Glieder müssen oberstes Ziel deutscher Politik sein. **Für uns kann es ohne Nationalstaat keinen Sozialstaat geben und ohne nationale Solidarität keine soziale Solidarität.**

Nationale Solidarität bedeutet für uns: **Das Kapital hat der Wirtschaft und die Wirtschaft dem Volke zu dienen** und nicht umgekehrt. Wer im Zeitalter der Globalisierung den Nationalstaat als sozialen Schutzraum und das Volk als Solidarverband gefährdet, vergeht sich an der Gemeinschaft und insbesondere an ihren schwächsten Gliedern, deren Anspruch auf Schutz und Solidarität am größten ist.

„Deutsche“ Sozialpolitik im Zeitalter der Globalisierung und flächendeckenden Liberalisierung ist gekennzeichnet durch Sparzwänge, schwindende Leistungen und explodierende Kosten für einheimische Steuer- und Beitragszahler – während nichtdeutsche Zuwanderer in den deutschen Sozialsystemen privilegiert werden und gleichzeitig Milliarden an deutschen Steuergeldern für versicherungsfremde Leistungen und darüber hinaus für Zwecke aufgewendet werden, die nicht im Interesse

Deutschlands und seiner Menschen liegen. Durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe wurden jahrzehntelange Beitragszahler zu Bittstellern, durch die **unsoziale Hartz-Gesetzgebung** Arbeitslose zu einer billigen Beschäftigungsreserve für Firmen und Staat.



GERECHTER LOHN FÜR EHRLICHE ARBEIT!

Wie Zahlen und Statistiken täuschen können, belegen die jährlichen Verlautbarungen der Arbeitsagenturen. Immer wieder ist zu hören, daß wir Deutschen seit Jahren ein wahres Beschäftigungswunder erleben und daß die Arbeitslosigkeit massiv zurückgedrängt werden konnte. Aber: Millionen Deutsche sind in unserem Land immer noch ohne Arbeit. Mehr als 50 Prozent der seit 2008 geschaffenen neuen Beschäftigungsverhältnisse sind niedrig entlohnt und prekär. **Minijobs**, die eigentlich als Nischenfüller gedacht waren, um Geringqualifizierte in den Arbeitsmarkt einzugliedern und gerecht entlohnte Teilzeitarbeit zu ermöglichen, sind zu einem Massenphänomen geworden. Mittlerweile bestehen in Deutschland 7,4 Millionen Minijob-Beschäftigungsverhältnisse. Auch sind die Minijobs nicht wie geplant eine Übergangsform in den ersten Arbeitsmarkt, sondern weisen die Grundtendenz auf, daß die Betroffenen dauerhaft in derartigen Beschäftigungsverhältnissen verharren.

Dennoch drängen **Billiglohnarbeiter** und ausländische **Lohndrücker** zunehmend auf unseren Arbeitsmarkt. Durch die uns von der EU aufgezwungene „Arbeitnehmerfreizügigkeit“ wird sich dieser Zustand noch verschärfen. Arbeitsmarktforscher rechnen mit jährlich über 100.000 zusätzlichen Fremdarbeitern allein aus dem EU-Ostblock, was auch zu einem Lohndruck führen wird. Allein im Jahr 2011 kamen 163.414 Polen nach Deutschland, im ersten Halbjahr 2012 schon 92.400. Und auch aus den anderen osteuropäischen EU-Staaten steigt das Begehren, in Deutschland eine Arbeit zu finden.



» **Daher fordert die NPD:**

- » Einen **allgemeingültigen, gesetzlichen Mindestlohn**, damit die Arbeitnehmer von ihrer Arbeit auch leben können.
- » Das Prinzip „**Gleicher Lohn bei gleicher Qualifikation und Ausbildung**“ muß ohne Ausnahme durchgesetzt werden. Abweichungen von diesem Prinzip durch gesonderte Flächen- und Haustarifverträge sind unmöglich zu machen.
- » Eine **konsequente Um- und Weiterqualifizierung** von Menschen aus dem Millionenheer deutscher Arbeitsloser, um freiwerdende Stellen durch eigene Arbeitnehmer zu besetzen.
- » **Ausländische Arbeitnehmer** sollen nur dann eine Arbeitserlaubnis erhalten, wenn für den zu besetzenden Arbeitsplatz kein deutscher Arbeitnehmer zur Verfügung steht. Wer als Ausländer seine Arbeit verliert und innerhalb einer festzusetzenden Frist keinen neuen Arbeitsplatz findet, soll automatisch seine Aufenthaltsgenehmigung verlieren.
- » **Leiharbeitnehmer** sind nach spätestens sechs Monaten in eine Festanstellung zu übernehmen. Langfristig ist darauf hinzuwirken, diesen Wirtschaftssektor stillzulegen.
- » Das **Synchronisationsverbot** muß wieder eingeführt werden, damit Zeitarbeitnehmer künftig nicht mehr nur so lange zu beschäftigen sind, wie sie beim „Kunden“ eingesetzt werden.

➤ SCHLUSS MIT DEM RENTENBETRUG!

Spätestens seit Herbst 2012 ist nicht mehr zu leugnen, daß die Rentner in der Bundesrepublik systematisch um ihre Altersvorsorge und damit um einen würdigen Lebensabend gebracht werden. Selbst Normalverdienern droht in unserer Heimat schon bald die **Altersarmut**.

So wird Berechnungen zufolge ein durchaus hohes Bruttomonatsgehalt von 2.500 Euro über 35 Beitragsjahre hinweg künftig nur noch ausreichen, um ab dem Jahr 2030 eine **Monatsrente auf Sozialhilfe-Niveau** in Höhe von 688 Euro zu beziehen. Bundesweit erhalten nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit 54 Prozent aller Arbeitnehmer ein Brutto-Monatsgehalt von bis zu 2.500 Euro. In Mitteldeutschland sind es sogar 69 Prozent, die weniger als 2.500 Euro verdienen.

Zugleich steigen die **Lebenshaltungskosten** ins Unermeßliche. Energie- und Lebensmittelkosten sowie steigende Kosten im Gesundheitswesen sorgen dafür, daß von der Rente kaum noch etwas übrigbleibt.

Bereits heute gibt es viele in großer Armut lebende Rentner. Zum gravierenden Problem wird Altersarmut aber für die Mehrheit der jüngeren Generation. Wer sich mit unbezahlten Praktika, Teilzeit, Leiharbeit und/oder Werkverträgen herumschlagen muß, wird kaum noch gesetzliche Rentenansprüche erwerben können, die einen bescheidenen Wohlstand im Alter ermöglichen. Viele Erwerbstätige sind nicht mehr in der Lage, eine private Vorsorge für das Alter zu finanzieren. Gerade vielen Selbständigen, die keine oder **kaum Ansprüche aus der gesetzlichen Rentenversicherung** haben, ist es nicht möglich, eine private Absicherung zu bezahlen.

Heutige Arbeitslose müssen mit einer Rente auf Sozialhilfeniveau rechnen. Die umlagefinanzierte gesetzliche Rentenversicherung ist unter den gegenwärtigen Bedingungen nicht mehr tragfähig. Wegen Massenarbeitslosigkeit und prekären Beschäftigungsverhältnissen gibt es zu wenig



Beitragszahler für die Rentenkassen. Hinzu kommt die **demographische Katastrophe** infolge des Geburtenmangels, die die Umlagefinanzierung illusorisch macht. Immer weniger Arbeitnehmer müssen für immer mehr Rentner aufkommen – das kann nicht funktionieren!

» **Daher fordert die NPD:**

- » Die Schaffung einer **einheitlichen, beitragsgerechten Rentenkasse für alle Erwerbstätigen**. Die beschlossene fortlaufende Senkung des Rentenniveaus ist rückgängig zu machen und jedem Rentner ein Lebensabend in Würde sicherzustellen.
- » In diesem System tragen folgerichtig auch alle **Erwerbstätigen und Arbeitgeber** in Deutschland die sozialen Herausforderungen der Zukunft gemeinsam.
- » Eine **Grundrente** (Volksrente) für alle deutschen Staatsangehörigen: Diese Grundrente hat das Existenzminimum zu sichern und ist vor allem auch zur Verhinderung der Altersarmut von Frauen eine sozialpolitische Pflicht!
- » Einen **Kinderbonus**, gestaffelt nach Kinderzahl, der die Leistung der Eltern für das Allgemeinwohl würdigt.
- » Die **Beendigung der Rentenungerechtigkeit in Deutschland**. 23 Jahre nach der Angliederung der DDR an die Bundesrepublik muß die Zweiteilung des deutschen gesetzlichen Rentenversicherungssystems endlich ein Ende haben!
- » **Versicherungsfremde Leistungen** sind generell durch Steuermittel und nicht mehr durch die Beitragszahler der Sozialkassen zu tragen.
- » Die **Anrechnung einer Pfllegetätigkeit durch pflegende Angehörige** in Form von Rentenpunkten und die Ausreichung eines

kleinen Gehalts. Die geltenden Pflegesätze reichen zum Lebensunterhalt eines betreuenden Angehörigen nicht aus. Wir halten es für ungerecht und unsozial, daß zehntausende pflegende Angehörige eine Rund-um-die-Uhr-Betreuung pflegebedürftiger Familienmitglieder leisten, dadurch die Krankenversicherungen entlasten und selbst keinerlei berufliche und finanzielle Entlastung erfahren.

- » Ehrenamtliche Tätigkeiten wie der Dienst in einer Freiwilligen Feuerwehr, die für die Gesellschaft von Nutzen sind, sind anteilig in der Rentenberechnung zu berücksichtigen.

WOHNEN MUSS BEZAHLBAR BLEIBEN!

Für die Mehrheit der Deutschen wird es immer schwieriger, angemessenen und bezahlbaren Wohnraum zu finden. Vor allem in den Ballungszentren und den einkommensstarken Regionen Deutschlands ist **bezahlbarer Wohnraum Mangelware** bzw. ungerecht verteilt. Auf rund 250.000 bezifferte der Deutsche Mieterbund (DMB) Ende 2012 den Mangel an Mietwohnungen. Für die nächsten Jahre sind in vielen Regionen Deutschlands **Mietpreiserhöhungen** von durchschnittlich bis zu 10 Prozent zu befürchten. Bereits in den vergangenen fünf Jahren stiegen in zahlreichen Großstädten die Mieten um bis zu 30 Prozent. Ein Ende der Preistreiberei ist nicht zu erwarten.

Die gesellschaftlichen Veränderungen mit der Zunahme von Ein-Personen-Haushalten machen die Wohnungssituation noch zusätzlich problematischer. Der Bedarf an neuen Wohnungen beläuft sich nach Angaben des Mieterbundes auf jährlich 150.000, davon 50.000 sogenannte Sozialwohnungen. Gebaut werden aber lediglich etwa 65.000 jährlich.



» **Daher fordert die NPD:**

- » Der **Mietpreisspekulation** muß unverzüglich ein Ende bereitet werden.
- » Für Mietpreiserhöhungen müssen klare und sozial verträgliche sowie allgemeinverbindliche Regelungen geschaffen werden.
- » Der **familiengerechte Wohnungsbau** mit kindgerechtem Umfeld ist vorrangig zu fördern. Das Miteinander der Generationen soll möglich werden.
- » Durch sogenannte „**Einheimischen-Modelle**“ sind deutsche Wohnungssuchende gegenüber Wohnungssuchenden mit „Migrationshintergrund“ bei der Suche nach bezahlbarem Wohnraum in ihrer Region oder Kommune zu bevorzugen.
- » Investoren müssen im Rahmen einer **sozial gerechten Bodennutzung** stärker bei der Schaffung von mietpreisgebundenem Wohnraum in die Pflicht genommen werden.
- » **Förderung der energetischen Gebäudesanierung** sowie für den privaten Wohnungsbau. **Wiedereinführung der Eigenheimzulage**, die mit einer Energiesparkomponente auszustatten ist.
- » Die Wiedereinführung eines Familiendarlehens (nachzulesen im Abschnitt 7, „Unsere Familien“).



PATRICK KALLWEIT (27)

»NPD: Die lamentieren nicht, sondern tun etwas für unser Land!«



» STEUERN MÜSSEN GERECHT SEIN!

Die Steuereinnahmen des Bundes, der Länder und der Kommunen steigen und steigen. Deshalb bleiben dem Arbeitnehmer von jedem Euro nur etwa 48 Cent. Auch deswegen empfinden immer mehr Steuerzahler das Steuersystem in Deutschland als einseitig ausgerichtet und ungerecht. Gleichzeitig stöhnen die Regierenden über die angeblich zunehmende Steuerzahlverweigerung in der Bundesrepublik. Aber: solange der Staat die Bürger sprichwörtlich ausraubt und es keine Steuergerechtigkeit gibt, ist es nicht verwunderlich, wenn die Zahl der Steuerverweigerer zunimmt.

Deutschland braucht endlich ein einfaches, verständliches und gerechtes Steuersystem, in dem jeder nach seiner Leistungsfähigkeit steuerlich belastet wird und somit seinen persönlichen Anteil an der Bereitstellung der Gemeinschaftsaufgaben beiträgt.

Wir bekennen uns dazu, daß ein Steuerrecht, das sich vor allem am Grundsatz der Steuergerechtigkeit ausrichtet, **privilegienfeindlich** sein muß. Priorität muß die Umsetzung der Vorgabe des Bundesverfassungsgerichts sein, demzufolge im Steuerrecht der existenznotwendige Bedarf in Ehe und Familie angemessen zu berücksichtigen ist. Davon abgesehen sind sachlich begründete Lenkungssteuern ein **legitimes Instrument der staatlichen Steuerpolitik**.

»» **Daher fordert die NPD:**

- » Eine **proportionale Besteuerung** der Einkünfte aller Steuerpflichtigen.
- » Die **Abkehr von der Doppel- und Mehrfachbesteuerung**.

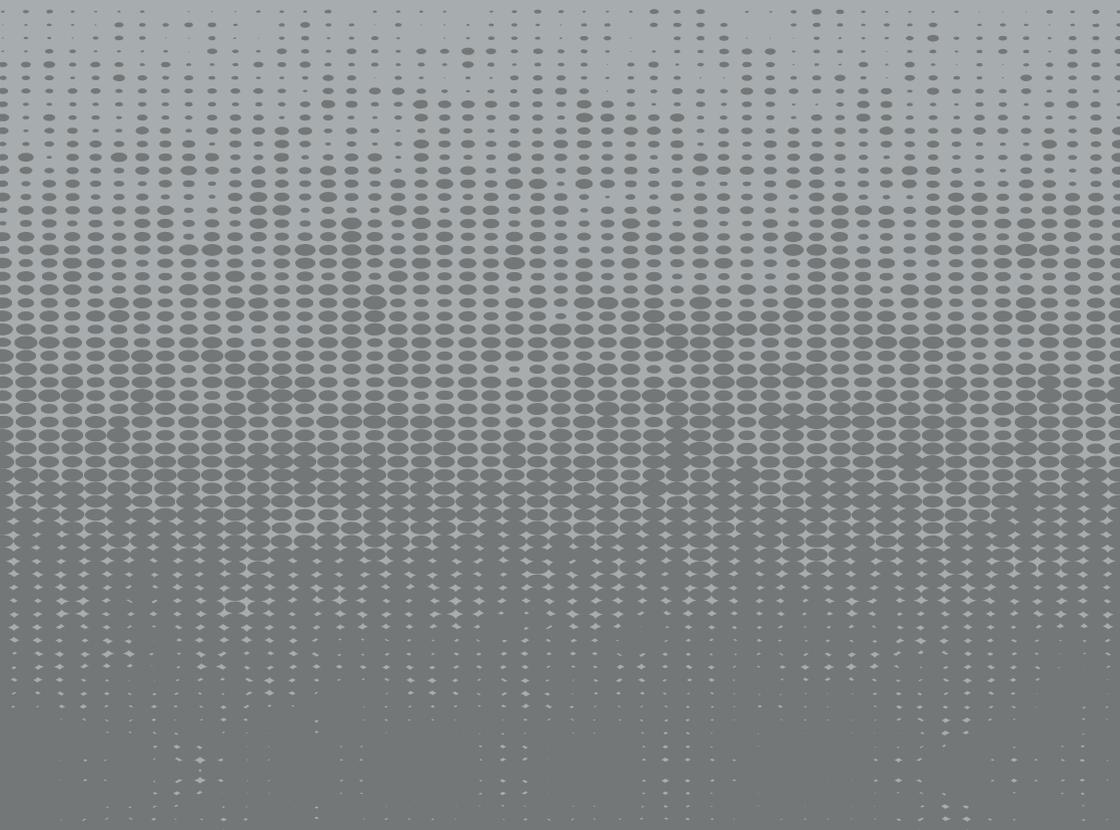
- » Der ermäßigte Steuersatz **auf Grundnahrungsmittel ist beizubehalten und für Medikamente einzuführen**. Die Grundversorgung der Bürger darf nicht durch die Abgabenlast an den Staat verteuert werden.
- » Geltende steuerrechtliche Bestimmungen, wonach **Firmen mit Sitz in Deutschland** die Verluste ihrer Auslandsfilialen mit den Gewinnen im Inland steuerlich verrechnen dürfen, sind ersatzlos zu streichen.
- » Firmen, die Arbeitsplätze von Deutschland ins Ausland verlagern, sind dafür mit einer angemessenen **Ausgleichsabgabe** zu belasten.
- » Es ist anzustreben, daß das deutsche Steuerrecht so weit vereinfacht wird, daß aufwendige und kostenintensive Ausgaben von Unternehmen und privaten Haushalten für steuerliche Beratungsleistungen generell entfallen und nur noch in Ausnahmefällen notwendig werden.





UNSERE ARBEIT - UNSER GELD

» FINANZEN



➤ RAUS AUS DEM EURO – VOLKSABSTIMMUNG JETZT!

Die Europäische Währungsunion und die Zwangseinheitswährung Euro werden zerbrechen, so wie vor mehr als 20 Jahren das Völkergefängnis Sowjetunion zerbrochen ist. Die Gründe für das Scheitern der beiden Imperien liegen auf der Hand: Ein Staat, eine Regierung und eine Währung funktionieren nicht, wenn sie auf der Gleichschaltung und Bevormundung verschiedener Völker und Volkswirtschaften beruhen.

Dies bewahrheitet sich gerade auch beim Blick auf die EU und die Europäische Währungsunion: Der wirtschaftliche Leistungsstand der europäischen Nationen ist sehr unterschiedlich. Der wirtschaftlichen Zerklüftung Europas kommt eine entscheidende Rolle für das Nicht-Funktionieren einer gemeinsamen Geldpolitik zu. Je unterschiedlicher die wirtschaftlichen Strukturen sind, desto weiter muß der monetäre Anzug geschnitten sein, damit er den verschiedenen Strukturbedingungen in den jeweiligen Ländern und Regionen gerecht werden kann.

Die Zwangseinheitswährung Euro war daher von Anfang an zum Scheitern verurteilt und bürdet den Deutschen nun Haftungsrisiken auf, die die Billionengrenze überschreiten, wenn man die versteckten Haftungsrisiken wie die Vergabe von sogenannten Target2-Krediten durch die Deutsche Bundesbank oder den Ankauf von Ramsch-Anleihen durch die EZB hinzurechnet.

Deshalb fordert die NPD eine **sofortige Volksabstimmung über den Euro und die Rückkehr zur Deutschen Mark.** Um dieses Ziel zu erreichen, setzt sich die NPD dafür ein, in Deutschland schnellstmöglich die rechtlichen Voraussetzungen für Volksabstimmungen auf nationaler Ebene zu schaffen.



» **Eine Rückkehr zur Deutschen Mark kann über folgende Schritte erfolgen:**

- » Ausstieg aus allen „Rettungspaketen“ und aus der Griechenlandhilfe durch ein permanentes Veto Deutschlands bei künftigen Hilfeanträgen der Europäischen Union.
- » Deutschland tritt nach Artikel 50 EUV aus der Europäischen Union aus und nimmt eine Rückübertragung der Währungssouveränität nach Artikel 88 GG vor.
- » Eine unabhängige nationale Notenbank übernimmt die Versorgung der deutschen Banken mit Liquidität und die Steuerung der deutschen Geldpolitik.
- » Zur Deckung der Mark werden die deutschen Goldreserven vollständig aus dem Ausland zurückgeholt und nach Deutschland verbracht.
- » Da die Produktion und Auslieferung fälschungssicherer Mark-Banknoten und -Münzen einen längeren Zeitraum in Anspruch nimmt, können für eine Zwischenzeit gestempelte Euro-Noten als Übergangsbargeld dienen.
- » Deutschland verhindert durch die Einführung von Kapitalverkehrskontrollen spekulative Attacken auf die Deutsche Mark.
- » Deutschland könnte zum **Kristallisationskern einer neuen Währungsordnung** werden. Für die weitere Zukunft verschließt sich Deutschland deshalb auch nicht Überlegungen, mit Ländern, die ebenfalls über eine ausgeprägte Stabilitätskultur und Wirtschaftskraft verfügen und deren Völker auch von ihren Mentalitäten her zusammenpassen, über eine gemeinsame Währungspolitik nachzudenken. So könnte ein Europa freier Völker im Wettbewerb der Großräume mit den Vereinigten Staaten, China und Indien gestärkt werden.

Die NPD tritt für die Schaffung einer neuen europäischen Währungsordnung ein – nur dadurch läßt sich die Dominopolitik immer größerer „Rettungspakete“ durchbrechen, die die Geberländer verarmen lassen und die Nehmerländer politisch entmündigen.



DIE BANKENMACHT BRECHEN!

Die Finanzkrise der Jahre 2007/2008 ist noch lange nicht überwunden. Eine der Ursachen: Die Kurven von Finanzwirtschaft und Realwirtschaft laufen nicht mehr parallel. Im Zuge der Globalisierung entfernt sich der Finanzsektor von den nationalen Standorten der Produktion und der Arbeitsplätze. Das Resultat ist ein tiefer Riß innerhalb der real produzierenden, investierenden und Arbeitsplätze schaffenden Wirtschaft.

Die Leidtragenden dieses fragwürdigen Finanzfortschritts sind die kleinen Unternehmen und der traditionell an seinen Standort und den lokalen Markt gebundene Mittelstand. Er trägt die Hauptlast des Steueraufkommens im Lande. Seine Kapitalgeber, die Banken, drehen ihm aber gerade dann, wenn er auf sie angewiesen ist, den Kredithahn zu und verteuern seine Mittelbeschaffung. Der Geschäftsschwerpunkt gerade der größeren Banken hat sich auf das Investmentbanking, also den globalen Wertpapierhandel und die Spekulation, verlegt. Die in Sonntagsreden vielbeschworenen „Lehren aus der Finanzkrise“ wurden nie gezogen. Weder gab es die überfällige Reregulierung der Finanzmärkte noch die eigentlich notwendigen strengeren Eigenkapitalvorschriften für die Banken.



» **Daher fordert die NPD:**

- » Großbanken sind zu verstaatlichen. Das entnationalisierte Kapital ist de facto nicht dem Aufbau oder dem Erhalt irgendeines Landes verpflichtet, sondern sucht sich weltweit jene Möglichkeiten der Produktion oder des Einkaufs, die die größte Kapitalrendite versprechen. Demgegenüber ist die **Förderung der Sparkassen und der Genossenschaftsbanken** (Raiffeisen- und Volksbanken) eine wichtige Bedingung dafür, daß auch Einkommensschwächere ein Konto zu guten Konditionen und kleinere Unternehmen zinsgünstige Kredite erhalten und daß die Ersparnisse der regionalen Entwicklung zugutekommen, statt an den internationalen Finanzmärkten verzockt zu werden.
- » Die NPD fordert eine verstärkte Förderung dieser Säule des deutschen Bankenwesens und die **Rücknahme der von der EU-Kommission veranlaßten Abkopplung** der öffentlich-rechtlichen Banken von ihren kommunalen und staatlichen Trägern.
- » Diejenigen Banken, die mit Steuergeldern gerettet werden, müssen mit einer gesetzlichen Festschreibung – ähnlich wie im Sparkassengesetz – dazu verpflichtet werden, zukünftige **Gewinne für öffentliche Aufgaben zu verwenden** und die **Kreditversorgung kleiner und mittelständischer Unternehmen sicherzustellen**.
- » **Die Dominanz der Finanzmärkte über die Volkswirtschaft und der Vorrang der Spekulation vor der Produktion sind zu brechen**. Dafür ist unter anderem ein **Verbot von Hedge-Fonds** (sogenannte „Heuschrecken“), hypotheckenbesicherten Verbriefungen, der Gründung außerbilanzieller Zweckgesellschaften, „Leerverkäufen“ und des Einsatzes von Derivaten notwendig.
- » Die Delikte Sorgfaltspflichtverletzung, Untreue, Bilanzfälschung, Insolvenzverschleppung und Marktmanipulation im Wirtschaftsstrafrecht sind durch Neufassungen und Präzisierungen des Strafgesetzbuches,

des Handelsgesetzbuches, des Wertpapierhandelsgesetzes oder des Gesetzes zur Unternehmensintegrität und zur Modernisierung des Anfechtungsrechts (UMAG) zu erweitern und zu modernisieren, um so im Finanzsektor die Einheit von Entscheid und Haftung herbeizuführen.

- » Die **Sicherung des Privatvermögens von Bankvorständen** zur möglichen Durchsetzung von Schadensersatzansprüchen.
- » Es sind gesetzliche Möglichkeiten zu schaffen, um Bankmanager für außerhalb der Bilanz angehäufte Verluste mit ihrem Privatvermögen haftbar zu machen.
- » Ein **Verbot der Managervergütung** über Aktienoptionen sowie längere Aktien-Halteplichten für Manager.
- » Im Investmentmodernisierungsgesetz (InvMG) ist die dort geregelte **Zulassung von Hedge-Fonds wieder zurückzunehmen**.
- » Die gesetzlichen Möglichkeiten sind zu schaffen, **übermäßig schuldenfinanzierte Unternehmensübernahmen**, wie sie insbesondere im „Private Equity“-Geschäft üblich sind, zu untersagen.
- » Schaffung einer Regelung zur **Begrenzung von Managergehältern** und von Abfindungshöhen.
- » Ein generelles Spekulationsverbot auf Nahrungsmittel.





**SICHERE UND BEZAHLBARE
ENERGIEVERSORGUNG**

» ENERGIE

Während die Bundesregierung im Rahmen der sogenannten „Euro-Rettung“ Unsummen für marode Pleitestaaten und Banken aufs Spiel setzt, steigt die Steuer- und Abgabenlast für die Bürger des Landes immer weiter an. Zusätzlich zieht man den Deutschen durch eine **unverantwortliche Preistreiberei bei den Energie- und Treibstoffkosten** weiteres Geld aus der Tasche, so daß Autofahren, die Versorgung mit Strom oder das Beheizen der eigenen Wohnung für viele Deutsche zum Luxus gerät, der nahezu unbezahlbar wird.

Diese „Energiewende“ mit den hohen Kosten des Netzausbaus sorgt nicht nur für eine sich drastisch verschlechternde Versorgungslage, immer mehr Deutsche können dadurch auch ihre horrenden Stromrechnungen nicht mehr bezahlen. Allein die Verbraucher und kleine wie mittlere Unternehmen sollen für die Mehrkosten aus dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) aufkommen, weil stromintensive Großkonzerne von der Zahlung der Umlage befreit wurden. Bislang zahlt jeder Stromkunde gemäß EEG 3,59 Cent pro Kilowattstunde extra, um damit den Strom aus Windparks, Solaranlagen oder Biogas zu subventionieren. Allein 2011 wurden so 11,76 Milliarden Euro von den Verbrauchern zu den Ökostromfirmen umverteilt. Dafür genießen diese das Privileg, zu einem staatlich festgelegten Sonderpreis soviel Strom einzuspeisen, wie sie produzieren können. Steigt die Produktion, steigt auch die EEG-Umlage, in diesem Jahr schon auf 5,3 Cent pro Kilowattstunde. Demnach müßte ein Vier-Personen-Haushalt nun rund 240 Euro an Ökostrom-Umlage im Jahr zahlen. Bis 2025 wird Strom nach einer Studie des Karlsruher Instituts für Technologie noch einmal um bis zu 70 Prozent teurer werden.

Die NPD bekennt sich zum **Ausstieg aus der Atomkraft, der aber erst möglich ist, wenn Ersatz in ausreichendem Umfang** durch erneuerbare Energien gewährleistet werden kann. Die Energiewende muß so erfolgen, daß die Versorgungssicherheit weiter gewährleistet ist und die Endverbraucher nicht die Zeche zu zahlen haben. **In ihrer jetzigen Form ist die „Energiewende“ zum Scheitern verurteilt.** Spätestens ab 2022, wenn das letzte Kernkraftwerk in der Bundesrepublik Deutschland vom Netz gegangen sein soll, werden polnische, tschechische und französische Atomstrom-Exporteure Profiteure dieser Weichenstellung sein. Das vollständige Scheitern der Energiewende wird etwa daran deut-



lich, daß Deutschland teuren Atomstrom aus Schrottmeilern wie Temelin und Cattenom importiert, nur weil die Politiker unfähig sind, das Land mit eigenen Kapazitäten günstig, umweltfreundlich und flächendeckend zu versorgen.

» **Um die Preistreiberei zu beenden und die Kosten für Treibstoff, Energie und Strom wieder auf ein für den Bürger erträgliches Niveau zurückzuführen, fordert die NPD:**

- » Die **Pendlerpauschale** für Fahrten zwischen Wohnung und regelmäßiger Arbeitsstätte gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 4 EStG ist von derzeit 30 auf 40 Cent pro Kilometer zu erhöhen.
- » Die **Mineralölsteuer**, insbesondere auf Benzin und Diesel, muß um jeweils mindestens 20 Cent pro Liter gesenkt werden. Die sogenannte „Ökosteuern“ ist abzuschaffen.
- » Es ist eine **staatliche Preisregulierung für Benzin, Diesel, Heizöl und Flüssiggas** nach dem Vorbild des „Luxemburger Modells“ einzuführen. Ziel muß es sein, Preissenkungen am Weltmarkt unmittelbar an die Verbraucher weiterzugeben und einen stabilen Höchstpreis für die Konsumenten zu garantieren. Hierzu bedarf es auch einer **regelmäßigen Festlegung einer verbindlichen Preisobergrenze**, die nicht überschritten werden darf. Ein marktwirtschaftlich notwendiger und auch von der NPD befürworteter Wettbewerb zwischen den einzelnen Anbietern findet unterhalb dieser Schwelle statt.
- » Die sogenannte „Energiewende“ in ihrer jetzigen Form – inklusive des Schnürens immer neuer Subventionspakete, die Verbraucher, Steuerzahler und nicht von der EEG-Umlage befreite kleine und mittelständische Unternehmen zu berappen haben – muß gestoppt werden.



CHRISTINA KRIEGER (23)

»Ich engagiere mich in der NPD, weil wir Deutschland nicht den Versagern überlassen dürfen.«



- » Solange keine regionale Koordination stattfindet, nützt auch der Ausbau von erneuerbaren Energien wenig, da der Abtransport aufgrund nicht ausreichender Nord-Süd-Leitungen nur schwer vorstatten gehen kann. Auch im Bereich der Speicherung müssen mehr Mittel in die Forschung investiert werden, um nicht unnütze Überproduktionen zu schaffen, die dann an die Nachbarländer quasi verschenkt werden müssen. Dezentrale Versorgungsmöglichkeiten, die sowohl neue Arbeitsplätze schaffen als auch zur Verstärkung der regionalen Produktion und Koordination von Strom führen könnten, sind auszubauen.
- » Die **deutsch-russische Energieallianz**, die in einem ersten Schritt mit der Errichtung der Ostsee-Pipeline, die Erdgas vom russischen Wyborg durch die Ostsee nach Greifswald leitet, begonnen wurde, ist auszubauen. Den Bau der von den USA, der Türkei und der EU unterstützten Pipeline „Nabucco“ lehnen die Nationaldemokraten ab, da dieses Projekt durch den von politischer Instabilität geprägten vorderasiatischen Raum und den Balkan verlaufen soll und die über „Nabucco“ bereitgestellte Erdgasmenge viel zu gering für die Versorgung Deutschlands ist.
- » **Dezentralisierung und Kommunalisierung der Energieerzeugung** sowie Stärkung der regionalen Energiewirtschaft. Kosten und Landschaftsverbrauch der erneuerbaren Energien wären heute deutlich niedriger, wenn bereits in der Vergangenheit der von der NPD aufgezeigte Weg beschritten worden wäre. Profiteur einer nationaldemokratischen Energiewende wären die **energieautarke Kommune** und ihre Bürger gewesen, nicht aber oligopolistisch strukturierte Netzbetreiber, große Photovoltaikhersteller und Meereswindparks. Die NPD spricht sich gegen die Vernutzung der Flächen durch so genannte Energiepflanzen aus.
- » Die Forschung im Energiesektor, vor allem im Bereich der Speicherung erneuerbarer Energien, muß vorangetrieben werden. Auch be-

reits angelaufene Forschungen, um die Kernenergie risikofrei und ohne die Entstehung radioaktiver Abfallstoffe nutzen zu können, müssen forciert werden.

- » Fragwürdige Verfahren wie das „Fracking“ sind solange zu untersagen, bis eine Gefährdung für Mensch und Umwelt ausgeschlossen werden kann.



**ZEIT FÜR
NEUES!**





DEUTSCHLANDS REGIONEN
ERHALTEN UND FÖRDERN!
» RAUMORIENTIERTE VOLKSWIRTSCHAFT

Der Globalisierungsprozeß führt dazu, daß der ländliche Raum in seiner wirtschaftlichen, infrastrukturellen und sozialen Entwicklung immer stärker von den urbanen Zentren abgekoppelt wird. Statt einer vielfältig strukturierten Volkswirtschaft mit einer Vielzahl an Branchen und Produktionsmöglichkeiten den Vorrang zu geben, werden ganze Regionen und Länder zu wirtschaftlichen und industriellen Monokulturen, in denen nur eine begrenzte Anzahl von Gütern für den Weltmarkt produziert wird.

Der Verfall der nationalen und regionalen Binnenstrukturen und der entsprechenden Märkte für Waren, Dienstleistungen und Arbeit führt zu einer noch stärkeren Konzentration des Kapitals und damit der wirtschaftlichen Aktivitäten auf die weitgehend entnationalisierte, international vernetzte Exportindustrie („Basar-Ökonomie“), während in den international weniger wettbewerbsfähigen Branchen und in den abseits der industriellen Zentren und internationalen Drehkreuze liegenden Regionen die Investitionen ausbleiben, weil dort keine Renditemöglichkeiten vermutet werden.

Die NPD tritt deshalb für eine **raumorientierte Volkswirtschaft** ein, in der Politik und Verwaltung auf die Bewahrung der regionalen Vielfalt und ihrer Eigenheiten verpflichtet werden statt eine Spaltung des Landes in Metropolregionen und Entleerungsräume hinzunehmen.

» **Daher fordert die NPD:**

- » **Stärkung der kommunalen Finanzen:** Das System des deutschen Finanzausgleichs muß so umgestaltet werden, daß Kommunen und der ländliche Raum in Zukunft wesentlich mehr Geld erhalten, denn das Land muß auch in der Fläche, nicht nur in den Zentren lebens- und lebenswert bleiben.
- » **Nein zu Zwangsfusionen von Gemeinden:** Die kommunale Selbstverwaltung ist die wichtigste politische Plattform für den Selbsterhaltungswillen der Regionen und darf deswegen nicht weiter ausgedünnt werden. Fusionen von Gemeinden sollten nur freiwillig und ohne jeden staatlichen Druck erfolgen.



- » **Förderung der Regionen** durch Dezentralisierung von Wirtschaft und Verwaltung: Durch ein Dezentralisierungsprogramm für Industrie und Verwaltung sollen Unternehmen und Behörden ermutigt werden, Arbeitsplätze in den Regionen zu schaffen. Für Industrieunternehmen sind hierfür entsprechende steuerliche und andere Anreize zu schaffen. Nicht nur größere Produktionseinheiten, sondern auch kleinere Arbeitsgruppen aus Entwicklung, Technik, Verwaltung und auch Fertigung können Gegenstand einer solchen Dezentralisierung sein. Durch die gezielte Förderung regionaler Produkte und Wirtschaftskreisläufe können kleine Betriebe gegenüber internationalen Ketten wirksam gestärkt werden.
- » Deutschland muß eine **aktive Industriepolitik** nach dem Vorbild Frankreichs oder Japans betreiben, um zu verhindern, daß die produzierenden Kernbestandteile der deutschen Volkswirtschaft geschlossen und ins Ausland verlagert werden. Eine solche **Standortpolitik** ist in strukturschwachen Regionen, die ihrer letzten industriellen Arbeitsplätze verlustig zu gehen drohen, besonders wichtig. Das Geld der Steuerzahler darf nicht zur Rettung von Banken und Finanzspekulantem mißbraucht werden, sondern muß in die Standortsicherung von produzierenden und forschenden Unternehmen der Realwirtschaft investiert werden, die für Produktion, Arbeitsplätze und technologischen Fortschritt in Deutschland sorgen. Nach Auffassung der NPD darf es nicht möglich sein, daß auch wettbewerbsfähige Unternehmen zerstört werden können, wenn unfähige oder böswillige Eigentümer oder Finanzinvestoren kurzfristiges Profitdenken über den langfristigen Unternehmenserhalt stellen. In dieser Situation muß der Staat eingreifen, um das **industrielle Ausbluten Deutschlands zu verhindern** und die in den technischen Anlagen wie in den Arbeitskräften verkörperte Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft zu sichern. Um eine aktive Wirtschafts- und Industriepolitik betreiben zu können, muß Deutschland sich seine wirtschaftspolitische Souveränität von der Brüsseler EU-Kommission zurückholen, um überhaupt wieder eine Wirtschaftspolitik im nationalen Interesse und im Sinne der Beschäftigten betreiben zu können.

» Wir lehnen die **Privatisierung aller Einrichtungen der kommunalen Daseinsvorsorge** wie Wasserversorgung, Abwasserwirtschaft, Krankenhäuser etc. mit Nachdruck ab. Erfolgte Privatisierungen sind rückgängig zu machen, privatisierte Einrichtungen der öffentlichen Infrastruktur sind wieder in die Verwaltung der öffentlichen Hand zurückzuführen.

IDENTITÄT WAHREN
MUT ZUR HEIMAT
NPD

ZEIT FÜR NEUES!



ORDNUNG SCHAFFEN

**UNSER LAND MUSS
WIEDER SICHER UND
LEBENSWERT WERDEN!**

» INNERES

Im öffentlichen Raum der Bundesrepublik Deutschland fallen Sicherheit, das Recht auf Unversehrtheit und Rechtsstaatlichkeit in zunehmendem Maße einer Erosion anheim. Während Jahr für Jahr Millionensummen an öffentlichen Geldern für einen hysterischen „Kampf gegen Rechts“ ausgegeben werden, blenden Medien und Politiker systematisch aus, daß der öffentliche Frieden in unserem Land durch eine exorbitante **Ausländerkriminalität** und die wachsende **Gewaltbereitschaft von Linksextremisten** längst brüchig geworden ist. Die Polizeistatistiken belegen Jahr für Jahr aufs neue, daß Gewalt und Rechtsbruch in Deutschland nicht von „Rechts“ ausgehen, sondern von Linkskriminellen und Ausländern.

Auch die von der etablierten Politik beschworene **„Terror“-Gefahr** ist bislang weitestgehend imaginär und soll in erster Linie der Rechtfertigung für eine immer lückenlosere und umfassendere Bespitzelung der Bürger dienen. Die NPD lehnt es mit Nachdruck ab, daß die übergroße Mehrheit unserer Bürger von Behörden und Politikern unter Generalverdacht gestellt und mit staatlichen Überwachungs- und Spitzelprogrammen (Stichwort: „Staats-Trojaner“) ausspioniert wird.

Wenn Deutschland heute mit einer wachsenden Bedrohung durch islamistische Extremisten zu rechnen hat, dann ist dies eine unmittelbare Folge der auswärtigen Politik der Bundesregierung, die sich in den letzten Jahren systematisch in den von den USA provozierten weltweiten „Krieg gegen den Terror“ hat hineinziehen lassen. Eine fundamentale Umorientierung der deutschen Außenpolitik liegt deshalb schon im Sicherheitsinteresse jedes einzelnen Deutschen (s. dazu auch Abschnitt 11, „Souverän unter freien Völkern“).

» Die NPD stellt fest:

- » Die Erosion unserer Wertelandschaft, verbunden mit den Folgescheinungen einer asozialen Globalisierung und Liberalisierung, führt zwangsläufig zu Desorientierung, sozialer Atomisierung und Kriminalität. **Wer Recht und Ordnung in unseren Städten wiederherstellen will, muß zwangsläufig auch gegen die Auswüchse der**



menschenfeindlichen Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik der etablierten Politik Stellung beziehen.

- » Masseneinwanderung und die zum Scheitern verurteilte „Integration“ von Millionen Ausländern in Deutschland führen zwangsläufig zu Kriminalität.
- » Verfehlte „Polizeireformen“ tun ein übriges, um durch den Abbau zehntausender Dienstposten dem Verbrechen im Land und an den deutschen Außengrenzen Tür und Tor zu öffnen.
- » Gerade in der Politik beginnt der Fisch am Kopf zu stinken: In Übereinstimmung mit der übergroßen Mehrheit der Deutschen haben wir kein Verständnis für die jährliche **Verschwendung von Milliardensummen durch inkompetente Politiker**, für Korruption und Vorteilsnahme im Bereich der öffentlichen Verwaltung. Wir machen uns deshalb stark für die Einführung der Politiker-Haftung bei Schäden, die der Öffentlichkeit durch inkompetentes Politiker-Handeln entstanden sind.

»» Daher fordert die NPD:

- » Die Polizei muß für jedermann sichtbar wieder **Freund und Helfer**, nicht Schützer der Mächtigen gegen das Volk sein. Die verfehlten „Polizeireformen“ der letzten Jahre, die zu einem Rückzug der Ordnungskräfte aus der Fläche, zur Schließung und Zusammenlegung zahlloser Dienststellen und zu einer Entblößung der deutschen Außengrenzen geführt haben, sind rückgängig zu machen. Den Polizeibehörden sind die erforderlichen technischen und personellen Mittel an die Hand zu geben, um Kriminalität dort zu bekämpfen, wo sie auftritt: in großstädtischen Ballungsräumen, insbesondere solchen mit hohen Ausländeranteilen, und in grenznahen Regionen.

- » Die Bundesrepublik Deutschland kündigt das **Schengener Abkommen** auf und erklärt den Schutz und die **Kontrolle der deutschen Außengrenzen** wieder zur hoheitlichen Aufgabe in nationaler Verantwortung.
- » Im Bereich der **Ausländerpolitik** ist bestehenden Gesetzen wieder konsequent Geltung zu verschaffen, insbesondere im Bereich des Melde- und Abschiebungsrechts. Ein Unterlaufen amtlicher Meldevorschriften (etwa durch kranke Ausländer ohne legalen Aufenthaltsstatus) ist konsequent zu ahnden und soll künftig ein Ausweisungsgrund sein.
- » Die Aussagekraft der polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) soll durch die bundeseinheitliche Einführung einer weiteren Rubrik „Personen mit Migrationshintergrund“ erhöht werden – zahlreiche in den Verbrechenstatistiken aufgeführte Täter firmieren nach erfolgter Einbürgerung heute als „Deutsche“, was das tatsächliche Ausmaß der importierten Kriminalität in unserem Land verschleiert.
- » Um dem schleichenden Bevölkerungsaustausch Einhalt zu gebieten, treten wir für die **Rückkehr zum früheren, bis zum Jahr 2000 geltenden Staatsbürgerschaftsrecht** ein.
- » Der **Daten- und Informationsaustausch deutscher und ausländischer Geheimdienste** zum Zweck der Kriminalitäts- und „Terror“-Bekämpfung muß auf ein erforderliches Mindestmaß reduziert werden – hochsensible Daten von Millionen Bundesbürgern dürfen nicht dem routinemäßigen Zugriff ausländischer Behörden ausgesetzt sein. Einschlägige europäische, transatlantische und andere bilaterale Übereinkommen sind zu überprüfen und erforderlichenfalls aufzukündigen. Die Bundesrepublik ist in erster Linie dem Schutz- und Sicherheitsbedürfnis deutscher Bürger und nicht dem Datenhunger internationaler Organisationen und fremder Staaten verpflichtet.



- » Politiker und Verantwortliche im Bereich der öffentlichen Verwaltung müssen für die Folgen ihres Verwaltungshandelns haftbar gemacht werden können – wir fordern die **Einführung der Politiker-Haftung** bei erwiesenen Fällen von Verschwendung und Schädigung der Öffentlichkeit durch falsches Verwaltungshandeln.
- » Die Auslieferung deutscher Staatsbürger an ausländische Strafverfolgungsbehörden muß grundsätzlich verboten sein – wie es das Grundgesetz vorschreibt. Entsprechende Verpflichtungen, die der Bundesrepublik aus der Anerkennung des „internationalen Haftbefehls“ und im Kontext des „Krieges gegen den Terror“ erwachsen, sind erforderlichenfalls zu kündigen.
- » Die systematische Diskriminierung politischer Organisationen durch die sogenannten „**Verfassungsschutz**“-Behörden muß endlich gestoppt werden. Wie ihre massive und jahrelange Verstrickung in den NSU-Skandal zeigt, haben „Verfassungsschützer“ maßgeblich selbst zum Aufbau einschlägiger krimineller Strukturen, möglicherweise auch zu staatsterroristischen Verbrechen beigetragen. „Verfassungsschutz“-Behörden haben sich damit als hochgradig gemeingefährlich entpuppt. Ihre ersatzlose Abschaffung ist überfällig. Die beim Bundesinnenminister eingerichtete zentrale „Neonazi-Datei“ ist als Instrument staatlicher Diskriminierung unverzüglich abzuschalten und zu löschen.
- » **Schluß mit der politischen Justiz in Deutschland!** Jedes Jahr werden in der Bundesrepublik weit über 10.000 Bürger wegen sogenannter „Meinungsdelikte“ verurteilt. Mit dieser unwürdigen Praxis muß Schluß sein – deshalb weg mit den Gesinnungs-Strafparagrafen 86, 86a und 130 StGB!
- » Zentrales Aufgabenfeld im Bereich der inneren Sicherheit muß wieder die **Bekämpfung von Verbrechen, insbesondere von Drogenkriminalität** werden. Für Kinderpornographie und Kindesmißbrauch fordern wir härtere Strafen sowie die Einrichtung einer bundesweiten,



HEIDRUN WALDE (63)

**»Ich bin bei der
NPD, weil mir die
Zukunft meiner Enkel
nicht egal ist.«**



öffentlich einsehbarer Sexualstraftäter-Datei und die Möglichkeit der Kastration für Rückfalltäter und unheilbar Pädophile. Wir bekennen uns zum Grundsatz: Opferschutz vor Täterschutz!

- » Deutsche **Haftanstalten** müssen wieder zu Vollzugsorganen des Rechtsstaates werden. Korruption, Willkür und Bandenkriminalität haben auch hinter Gefängnismauern nichts zu suchen. Um Zellenüberbelegungen zu verhindern, sind erforderlichenfalls neue Haftanstalten zu errichten. Privatisierungen im Strafvollzug lehnt die NPD mit Nachdruck ab.
- » Für besonders schwere Fällen bei wiederholtem Sexual-, Kindes-, Raub- und Massenmord sowie bei schwersten Fällen des Drogenhandels fordern wir eine Volksabstimmung zur **Wiedereinführung der Todesstrafe**.



VORRANG FÜR INLÄNDER

**ÜBERFREMDUNG,
ISLAMISIERUNG UND
ASYLBETRUG STOPPEN!**

» IDENTITÄT

Oberster Bezugspunkt nationaldemokratischer Politik ist die Verantwortung für Überleben und Fortbestand des deutschen Volkes in seinem angestammten mitteleuropäischen Lebensraum.

In Übereinstimmung mit den Vorgaben der UN-Charta lehnen wir die Massenzuwanderung und die Veränderung der ethnischen Mehrheiten in den urbanen Ballungsräumen unseres Landes als Anschlag auf die Integrität und Identität unseres Volkes konsequent ab.

Mittlerweile leben in Deutschland offiziell nahezu **16 Millionen Menschen mit ausländischen Wurzeln** – aufgrund der fortgesetzten Masseneinwanderung und der überdurchschnittlich hohen Geburtenrate vor allem außereuropäischer Bevölkerungsgruppen mit steigender Tendenz. Illegal in Deutschland lebende Ausländer belasten die Bilanz zusätzlich.

In vielen großstädtischen Ballungszentren nähert sich der Anteil Nichtdeutscher an der Wohnbevölkerung der 50-Prozent-Marke – diese Städte drohen ihren deutschen Charakter in absehbarer Zeit unwiderruflich zu verlieren. Die Auswirkungen sind schon heute vielerorts sichtbar: anatolische und arabische Banden, die ganze Viertel dominieren, Parallelgesellschaften mit eigenen Rechtsstrukturen, riesige Moscheen als Symbole einer unverhohlenen islamischen Landnahme sowie Schulen, an denen deutsche Kinder in der Minderheit sind. **Deutschland ist heute kleiner als die Bundesrepublik.**

Das sichtbarste Zeichen der ungebremsten Überfremdung unseres Landes ist die expansive Ausbreitung des **Islam**. Radikalislamische Salafisten verteilen offensiv Koran-Exemplare an Deutsche und rufen zur Gewalt gegen „Ungläubige“ in Deutschland auf.

Schon jetzt sind Ausländer laut Polizei und Sicherheitsbehörden im Schnitt zu über 30 Prozent an in Deutschland verübten Kapitalverbrechen wie Mord, Totschlag und Vergewaltigung beteiligt. Die ungebremste Islamisierung verleiht dieser Entwicklung zusätzliche Brisanz.

Im Widerspruch zu den Phrasen der etablierten Parteien betrachten wir Ausländer in Deutschland deshalb nicht prinzipiell als „Bereicherung“, sondern – mit Blick auf die **horrenden Kosten einer illusorischen „Integration“ und die überdurchschnittliche Kriminalitätsbelastung durch nichtdeutsche Tatverdächtige** – eher als Belastung für unsere Zukunft und den gesellschaftlichen Frieden in unserem Land.

Die durch die Masseneinwanderung verursachten **Kosten einer aussichtslosen „Integration“** gefährden den deutschen Sozialstaat. Jeder Deutsche muß statistisch pro Jahr mehr als 1.200 Euro für die „Integration“ von Millionen in Deutschland lebenden Fremden berappen. Allein diese Zahl straft die von den etablierten Parteien gebetsmühlenartig wiederholte Behauptung Lügen, die Bundesrepublik sei aufgrund des angeblichen „Fachkräftemangels“ auf noch mehr Zuwanderung angewiesen. Die Wahrheit über die **Fachkräftelüge** ist: Millionen qualifizierter Deutscher sind heute arbeitslos, während der Großteil der hier lebenden Ausländer nur über geringe schulische und berufliche Qualifikationen verfügt. Die völlig verfehltete Zuwanderungspolitik der etablierten Parteien bewirkt in erster Linie eine **Zuwanderung in die deutschen Sozialsysteme** und eine weitere unverantwortliche Belastung der deutschen Steuerzahler.

Der **Zustrom von Flüchtlingen und Asylbewerbern** in unser Land nimmt im Gefolge aktueller Krisen und einer unverantwortlichen EU-Erweiterungspolitik immer mehr zu. Längst sind die Rekordmarken früherer Jahre überschritten. Allein 2011 stieg die Zahl der Asylbewerber um 11,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, demzufolge die Geldleistungen für Asylbewerber erhöht werden sollen, wird die Bundesrepublik als Zielland für **Wirtschaftsflüchtlinge aus aller Welt** noch attraktiver als bisher.

Die NPD ist als einzige deutsche Wahlpartei nicht bereit, die von allen etablierten Parteien verschuldete katastrophale Entwicklung im Bereich der Ausländer- und Asylpolitik in Deutschland zu akzeptieren.



» **Daher fordert die NPD:**

- » **Die weitere Masseneinwanderung nach Deutschland muß gestoppt** und konsequente Ausländerrückführungsbestimmungen umgesetzt werden. Als Sofortmaßnahme ist die **Aussetzung der sogenannten „Schengen-Reisefreiheit“** unumgänglich. Ineffiziente Stichprobenkontrollen im grenznahen Raum sind wieder durch systematische Grenzkontrollen zu ersetzen. Zur Durchsetzung dieser und weiterer geeigneter Maßnahmen muß die deutsche Politik – nach dem Vorbild Dänemarks und anderer EU-Länder – erforderlichenfalls auch den Konflikt mit Brüssel riskieren.
- » **Der Asylmißbrauch muß endlich gestoppt werden.** Die NPD fordert die Einführung des 48-Stunden-Asylverfahrens nach Schweizer Vorbild, das sogenanntes „Asylhopping“ und langwierige Verfahrenverschleppungen wirksam verhindert. Zudem ist das einklagbare **Grundrecht auf Asyl abzuschaffen.** Asylbewerber und Flüchtlinge sind bis zur Klärung ihres Status nach Schweizer und australischem Vorbild in Sammelunterkünften fernab von Wohnsiedlungen unterzubringen. Bestandteil des regulären Verfahrens sind die Residenzpflicht sowie die Ausreichung von Sachleistungen statt Bargeld.
- » **Kriminelle Ausländer** sind konsequent abzuschieben und mit einer lebenslangen Einreisesperre zu belegen. Arbeitslose und kulturfremde Ausländer sind in ihre Heimat zurückzuführen, um unseren Sozialstaat ebenso wie unsere nationale Identität wirksam zu schützen.
- » **Arbeitsplätze in Deutschland müssen zuerst an Deutsche vermittelt werden.** Unternehmen, die dennoch Ausländer beschäftigen, sollen dafür eine Ausgleichsabgabe entrichten (vgl. auch Abschn. 1.4, „Steuern müssen gerecht sein!“).
- » **Die Ausgliederung von Ausländern aus dem deutschen Sozialversicherungssystem** ist ein sozialpolitisches Gebot der Stunde.

» **Der Islam ist kein Teil Deutschlands.** Die NPD lehnt jedwede islamische Landnahme, wie sie im Bau weiterer Moscheen, Gebetshäuser und Minarette zum Ausdruck kommt, sowie die Einführung islamischen Rechts in die deutsche Rechtskultur ab.



**ZEIT FÜR
NEUES!**





UNSERE FAMILIEN
UNSERE ZUKUNFT

» FAMILIE

Die kleinste natürliche Gemeinschaft jedes Volkes ist die Familie.

Auf ihr fußen Volk und Staat, in ihr werden Werte und Traditionen weitergegeben. Die auf Dauer angelegte **Lebensgemeinschaft zwischen Mann und Frau** ist zugleich die einzige Familienform, die Förderung und besonderen staatlichen Schutz verdient, denn nur in ihr können Kinder geboren werden. Für ein gesundes Aufwachsen brauchen Kinder Mutter und Vater, wobei besonders in den ersten Lebensjahren im Zusammenleben mit beiden Elternteilen als festen Bezugspersonen der Grundstein für die psychische Gesundheit der nächsten Generation gelegt wird.

Der **zunehmende Anteil Alleinerziehender** ist nicht nur Ausdruck zunehmender gesellschaftlicher Verwerfungen (prekäre Arbeitsverhältnisse, geforderte Flexibilität und Verfügbarkeit auf dem Arbeitsmarkt) und partnerschaftlicher Beliebigkeiten, sondern auch Ausdruck von Bindungsunfähigkeit infolge eigener unsicherer Bindungen im Kindesalter. Um diesen Kreislauf zu durchbrechen, sind sowohl energische finanzielle Förderungen als auch ein grundlegender Wertewandel zugunsten der Familie erforderlich. Die Wertschätzung unserer Kinder und Familien beginnt nicht beim Geldbeutel, sondern im Kopf – und in den Medien, die ansprechende Bilder liefern sollten.

Ziel nationaler Familienpolitik kann nicht die umfassende frühkindliche Fremdbetreuung sein, sondern eine echte Wahlfreiheit zwischen häuslicher und Krippenerziehung. Dies setzt voraus, daß selbsterziehende Eltern weder finanziell noch sozial benachteiligt werden. Die NPD spricht sich deshalb für ein Müttergehalt, für die Anrechnung fehlender Berufsjahre auf die Rente von Müttern, für Maßnahmen zum erleichterten beruflichen Wiedereinstieg von Müttern und eine Bevorzugung von Eltern bei der Stellenvergabe aus.

Jede familienpolitische Maßnahme ist eine Investition in die Zukunft unseres Volkes.

Kein europäisches Land gibt soviel Geld für Kinder und Familien aus wie die Bundesrepublik Deutschland. Trotzdem werden immer weniger Kinder geboren, und die Vergreisung unseres Volkes läßt die **Gefahr des Volkstodes** als real erscheinen. Der Zusammenhang zwischen einer hohen, aber völlig ungezielten finanziellen Förderung nach



dem Gießkannenprinzip ist unübersehbar. Die NPD fordert daher ein Umdenken: weg von Gießkanne hin zu einem effektiven **Fördersystem, das ausschließlich deutschen Familien und Kindern zugute kommen darf.** Zu erwartenden Konflikten mit der EU darf eine verantwortungsbe-
wusste deutsche Regierung nicht aus dem Weg gehen.

Ehekredit

Der Ehekredit in Höhe von 18.000 Euro wird deutschen Ehepaaren zinsfrei mit einer Laufzeit von 15 Jahren bei der Geburt des ersten Kindes ausgezahlt. Die ersten fünf Jahre sind dabei rückzahlungsfrei, danach erfolgt die Tilgung in maximal 120 gleich hohen monatlichen Raten. Mit der Geburt des ersten Kindes mindert sich der Rückzahlungsbetrag um ein, mit der Geburt des zweiten Kindes um ein weiteres Drittel. Mit der Geburt des dritten Kindes gilt der Ehekredit als vollständig getilgt.

Müttergehalt

Eine familienpolitische Kernforderung der NPD ist die Einführung eines steuerfreien, sozialabgabepflichtigen Müttergehaltes für die zu Hause bleibende Hauptbezugsperson der Kinder in einer nach der Kinderzahl gestaffelten Höhe. Beim ersten Kind werden 1.000 Euro netto Müttergehalt gezahlt, mit jedem weiteren Kind erhöht sich dieser Betrag um 400 Euro netto. Nur so kann eine echte Wahlfreiheit zwischen der Entscheidung für eine Erziehung in der Familie oder der Inanspruchnahme von Fremdbetreuung gewährleistet werden. Wahlfreiheit bedeutet nicht das Wählen zwischen Armut und Doppelbelastung von Müttern. Das Müttergehalt dient einerseits einer finanziellen, rentenwirksamen Absicherung der Frauen, andererseits ist dieses Gehalt, das selbstverständlich nur an deutsche Mütter ausgezahlt wird, auch eine Anerkennung der für die Gesellschaft unverzichtbaren Erziehungsleistung. Abtreibungen aus Gründen der „sozialen Indikation“ würden so vollständig wegfallen. Als einen ersten Schritt in die familienpolitisch richtige Richtung des von uns geforderten Müttergehaltes anerkennt die NPD das Betreuungsgeld für

Eltern, die ihre Kinder in den ersten Lebensjahren daheim erziehen wollen.

Kindergeld

Eine weitere familienpolitische Forderung ist die Erhöhung des Kindergeldes auf 500 Euro für jedes deutsche Kind. Dies entspricht in etwa der Höhe der benötigten Kindergrundsicherung. Zur Gegenfinanzierung ist das Kindergeld für Ausländer zu streichen. Familien sind in der Bundesrepublik einer unsäglichen Hetze durch die mediale und politische Klasse ausgesetzt. Eltern müssen in ihrem intuitiven Talent, Kinder zu erziehen, wieder gestärkt werden. Daher fordert die NPD, dem Auseinanderreißen von Familien ein Ende zu setzen, und die Einrichtung von regionalen Familienzentren, die den Familien aus der heutigen Isolation heraushelfen und die Gemeinschaft stärken sollen. Ferner fordern wir Kurse für werdende Eltern („Familienführerschein“ und/oder ausgebildete Familienhelfer), um erzieherische Kompetenzen zu vermitteln und Verwahrlosungstendenzen zu stoppen.

Eine zunehmend globalisierte Wirtschaftswelt benötigt keine **stabilen Familien**, sondern jederzeit verfügbare, billige, heimat- und wurzellose Arbeitskräfte. Umgekehrt benötigen Familien und Kinder auch keine globalisierte Wirtschaft, sondern soziale Sicherheit, Zeit füreinander, politische Verlässlichkeit, echte Vorbilder und Vertrauen in die Zukunft. Diese „weichen Faktoren“ kann das derzeitige, am Tropf der Wirtschaft hängende Parteienkartell nicht bieten und versucht deshalb, dieses systembedingte Defizit durch immer neue kurzlebige „Maßnahmen“ „Förderungen“ oder „Zuschüsse“ auszugleichen.

Nationale Politik orientiert sich an den Bedürfnissen des – eigenen – Volkes, nicht an den Zumutungen eines heimatlosen Großkapitals. Deshalb ist neben einer finanziellen Förderung auch die ideelle Unterstützung der Familie unabdingbar, um die anhaltende Geburtenverweigerung junger Menschen aufzulösen.



» **Daher fordert die NPD:**

- » Eine positive Darstellung von Familien in den Medien – hierzu ist die **Entwicklung eines verbindlichen gesellschaftlichen Leitbildes** unabdingbar.
- » Wertevermittlung und Vorbereitung auf eigene Elternschaft im Rahmen eines verbindlichen **Schulfaches „Familie/gesunde Ernährung“** anstelle der derzeit propagierten „vielfältigen Lebensentwürfe“.
- » Bei gleicher Eignung sind **Väter und Mütter bei der Stellenvergabe zu bevorzugen**.
- » **Erleichterungen beim beruflichen Wiedereinstieg** junger Mütter nach den Erziehungsjahren.
- » Die **unverzögliche Einstellung aller „Gender Mainstreaming“-Programme** auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene. Einschlägige Kadereinrichtungen, Lehrstühle u.a. sind aufzulösen, die dafür in Ansatz gebrachten Haushaltsmittel sind zugunsten der Familienförderung umzuwidmen.
- » Adoptionsverbot für Homosexuelle und deren Lebensgemeinschaften sowie Aberkennung des „Familien“-Status für Homosexuelle.

**ZEIT FÜR
NEUES!**





SCHÜTZT UNSEREN LEBENSRAUM

» UMWELT- UND TIERSCHUTZ

Die NPD bekennt sich zu einem umfassenden Schutz unserer Heimat als Lebensraum für Mensch und Tier. Die profitmaximierende Verwertung von Raum, Ressourcen und Lebewesen lehnen wir aus unserem ganzheitlichen Verständnis natürlicher Wirkungszusammenhänge und aus Verantwortung vor der Zukunft ab.

Die NPD spricht sich deshalb für ein **Verbot sämtlicher gentechnischer Nahrungs- und Futtermittel** aus. Die damit einhergehenden gesundheitlichen und ökologischen Risiken sind nicht kalkulierbar. Unsere Bauern dürfen nicht zu wehrlosen Opfern von Banken, EU-Bürokraten und internationalen Saatgut- und Düngelieferanten werden, die Abnehmerpreise und verwendetes Saatgut diktieren.

Naturschutz und nachhaltige Landwirtschaft sind nicht voneinander zu trennen. Der Staat muß Sorge dafür tragen, daß landwirtschaftliche Unternehmen aus Deutschland vor dem Wettbewerbsdruck aus Billiglohnländern geschützt werden – wir bekennen uns zur Verantwortung des Staates für heimische Erzeuger auch im Zeitalter der Globalisierung.

Das NPD-Konzept der raumorientierten Volkswirtschaft sieht auch für die Landwirtschaft die **Förderung regionaler und lokaler Wirtschaftskreisläufe** und Wertschöpfungsketten vor. Der Import von Lebensmitteln, bei denen der Preisverfall zu nicht kostendeckenden Preisen für die Bauern hier in Deutschland führt, muß gestoppt werden.

Dem **Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen** gebührt nach unserem Verständnis oberste Priorität. Wir akzeptieren nicht, daß ein wirksamer Naturschutz einem enthemmten Wirtschaftswachstum geopfert wird. Chemische Substanzen sollten nur dann in Umlauf gebracht werden dürfen, wenn sie unter ökologischen und medizinischen Gesichtspunkten als unbedenklich gelten.

Wasser wird in der Welt des 21. Jahrhunderts eines der wichtigsten und knappsten Güter sein – ein strengerer Trinkwasserschutz ist deshalb unumgänglich. Ammoniak, Phosphat, Uran und andere radioaktive oder gesundheitsschädliche Substanzen haben nichts im Trinkwasser zu suchen.

Die hohen Belastungen im Trinkwasser und in Lebensmitteln sind abzustellen, da sie ein hohes Gesundheitsrisiko darstellen. **Strengere Grenzwerte** sind gesetzlich festzulegen.

Insbesondere lehnt die NPD jeden Versuch einer **Privatisierung der öffentlichen Wasserversorgung** ab. Wasser ist ein Allgemeingut und muß es auch bleiben.

Auch der Tierschutz muß konsequenter umgesetzt werden.

»» Daher fordert die NPD:

- » Tiertransporte sind auf ein Mindestmaß zu begrenzen.
- » Tierquälerei ist härter zu bestrafen.
- » Religiös motivierte Schlachtungsmethoden wie das Schächten sind generell unter Strafe zu stellen.
- » Tierversuche in der Forschung sind weiter zu reduzieren und auf ein Mindestmaß zu beschränken.
- » Perverse Sodomie-Praktiken sind zu verbieten und mit härtesten Strafen zu ahnden.
- » Nach unserem Verständnis sind Tiere keine „Sache“ – § 90 BGB sollte neu formuliert werden.





GESUNDHEIT

**STEHT IM
VORDERGRUND!**

» GESUNDHEIT

Medizinische Betreuung ist nach nationaldemokratischem Politikverständnis ein Grundrecht und kein Luxus. Dennoch gibt es gerade im Gesundheitswesen Patienten 1. und 2. Klasse. Das macht deutlich, welche großen Sozialunterschiede es in Deutschland mittlerweile gibt. Vor allem im Bereich der Gesundheitsversorgung wird die Abzocke der Kassenmitglieder stetig fortgesetzt. Erwähnt seien Experimente wie die (inzwischen wieder abgeschaffte) Praxisgebühr, Zuzahlungen für Krankenhausaufenthalte, die Streichung von Leistungen (wie z.B. bei Brillen und Zahnersatz) sowie die erhobenen Zusatzbeiträge durch einige Kassen. Auch die regulären Kassenbeiträge werden erhöht. All dies ist Ausdruck eines **massiven Sozialabbaus**, den wir Nationaldemokraten nicht akzeptieren.

Das vorrangige Ziel nationaler Gesundheitspolitik ist die Erhaltung und Verbesserung der Volksgesundheit. Im Mittelpunkt der Gesundheitspolitik der NPD steht daher nicht der Profit meist international agierender Konzerne, sondern der Mensch. Die NPD fordert deshalb eine **einheitliche staatliche Krankenversicherung für alle**. Zusatzleistungen können wie bisher privat abgesichert werden.

In dem Bewußtsein, daß zahllose Gesundheitsschäden unserer Mitmenschen die Folge katastrophaler Defizite wie Vereinsamung, eines überhandnehmenden Arbeitsstress und zunehmender Bindungslosigkeit sind, vertreten wir eine ganzheitliche Gesundheits- und Politikauffassung, die bei genau diesen Ursachen ansetzt. Die NPD gibt deshalb der **Gesunderhaltung** den Vorrang vor einer privatisierten Krankheitsverwaltung.

» **Daher fordert die NPD:**

- » Die Wiederherstellung einer wirklichen Solidargemeinschaft u.a. durch die Schaffung eines **Gesundheitssystems für alle Deutschen**, was einem Systemwechsel gleichkommt. Das **staatlich organisierte Sozialversicherungsmodell** hat die bestmögliche Gesundheitsversorgung für alle Volksangehörigen sicherzustellen und muß konsequent der Korruption begegnen. Die Privatisierung des Gesundheitssystems ist rückgängig zu machen, da es zwangsläufig eine Zweiklassenmedizin zur Folge hat.



- » Die **Auflösung der zur Zeit etwa 150 miteinander konkurrierenden gesetzlichen Krankenkassen** unter Einschluß ihrer Verwaltungsapparate und deren Überführung in eine Gesundheitskasse.
- » Als wesentliche Aufgabe der Gesundheitskasse die **Verhinderung von Krankheiten und die Förderung der Gesundheit**.
- » In der Allgemeinmedizin muß ein **System wohnortnaher Praxen** das Ziel sein. Lücken in der ärztlichen Versorgung (vor allem im ländlichen Raum) sind durch ein großzügiges System von Anreizen für die Mediziner zu schließen. **Krankenhäuser müssen unter staatlicher Obhut stehen**.
- » Ein **Ende der Belastung der Sozialversicherung durch die Mehrwertsteuer**, da es absurd ist, einerseits Steuergelder zur Aufrechterhaltung des Gesundheitssystems aufzuwenden, während der Staat andererseits dem Gesundheitssystem Beitragsgelder durch erhebliche Steuereinnahmen entzieht.
- » Die **Befreiung der Sozialversicherung von versicherungsfremden Leistungen**, weil deren Begleichung eine Gemeinschaftsaufgabe darstellt und daher nicht durch Beiträge, sondern aus Steuermitteln zu begleichen ist.
- » Die **gleiche medizinische Leistung muß bei jedem Versicherten gleich bezahlt werden**.
- » **Gerechte Löhne** für die Beschäftigten im Gesundheitswesen!
- » **Sozialversicherungsabkommen** mit Ländern, die nach derzeitiger Rechtslage einen Leistungsanspruch für Ausländer inklusive ihrer über den Kreis der regulär Mitversicherten hinausgehenden Familienangehörigen in den Heimatländern geltend machen können, sind aufzukündigen.



ANTJE KOTTUSCH (34)

**»Ich mache bei der
NPD mit, weil die
Biß und Zivilcourage
haben.«**





ROHSTOFF GEIST
UNSERE WICHTIGSTE
RESSOURCE

» BILDUNG

Als rohstoffarmes Land ist Deutschland auf ein funktionsfähiges und leistungsstarkes Bildungswesen mehr als andere Länder angewiesen. Umso verheerender wirken sich falsche Weichenstellungen der etablierten Politik im Bereich der Bildungs- und Hochschulpolitik aus wie etwa

- » die Einführung des obligaten Englischunterrichts bereits in der Grundschule;
- » die flächendeckende Umsetzung von „Inklusions“-Programmen;
- » Zerstörung der gymnasialen Ausbildung mittels Gesamt- und Gemeinschaftsschulen;
- » die kontinuierliche Absenkung von Leistungsniveaus in allen Schulfächern;
- » die kritiklose Umsetzung des sogenannten „Bologna“-Prozesses an den deutschen Hochschulen.

Die NPD bekennt sich zum Leistungsprinzip und zur Förderung von Leistungsträgern. Sie lehnt eine ausufernde „Kuschelpädagogik“ ebenso wie die gezielte Verflachungs- und Nivellierungspolitik der etablierten Parteien rundweg ab. Das ehemals in aller Welt bewunderte deutsche Bildungssystem muß sich wieder auf seine Wurzeln besinnen und in der Lage sein, unseren Kindern, Jugendlichen und Studierenden optimale Bildungsgrundlagen zu vermitteln. Diese Zielsetzung muß sich in der Organisation des Bildungswesens niederschlagen.

Gleichmacherische **Gesamtschulexperimente** sind abzulehnen. Inklusions-Experimente – also die umfassende Integration aller Kinder ohne Rücksicht auf Behinderungsgrad und konkreten Förderbedarf in die regulären Klassen- und Unterrichtsverbände – haben nach unserem Verständnis nichts an deutschen Bildungseinrichtungen zu suchen. Ersten Erfahrungen zufolge führen sie zur Überforderung der Lehrer und wirken sich negativ auf die Lernergebnisse der behinderten wie der nicht behinderten Schüler aus.

Die NPD steht für die Wiederherstellung eines nach unterschiedlichen Leistungs- und Anforderungsniveaus gestuften Schulsystems, das die Gewähr dafür bietet, leistungsstarken ebenso wie leistungsschwächeren Schülern adäquate Bildungsmöglichkeiten zukommen zu lassen. Grund-



sätzlich halten wir **kleinere Schulklassen** für sinnvoll, um eine individuellere und leistungsgerechtere Förderung zu ermöglichen.

Das deutsche Bildungswesen sollte **zentral auf Bundesebene** geregelt werden – die bildungspolitische Kleinstaaterei unter dem Deckmantel des Föderalismus halten wir für anachronistisch und mit der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse nicht vereinbar. Eine künftige Neuregelung wird sicherzustellen haben, daß die Herstellung einheitlicher deutscher Bildungsstandards nicht zu Lasten der heute leistungstärkeren Bundesländer geht.

Wir sprechen uns dafür aus, daß in stark überfremdeten Ballungsgebieten mit hohem Ausländeranteil **deutsche und ausländische Kinder in getrennten Schulklassen** unterrichtet werden. Schon ein 20-prozentiger Ausländeranteil mindert das Leistungsniveau des gesamten Klassenverbands drastisch. Zudem sollen nach ethnischer Zugehörigkeit zusammengesetzte Klassenverbände nichtdeutschen Heranwachsenden die Möglichkeit einer späteren Re-Integration in ihren Heimatländern erhalten.

Die NPD bekennt sich zur Forderung nach einer **lebensnahen und heimatbezogenen Allgemeinbildung**. Unsere Schulen sollen unseren Kindern Heimat- und Volksverbundenheit, Identität und Brauchtum vermitteln. Auch müssen die Bildungseinrichtungen der Aufgabe gerecht werden, der heranwachsenden Generation ein **zeitgemäßes Gesundheits- und Ernährungsbewußtsein** nahezubringen. Wir akzeptieren nicht, daß bereits an den Schulen durch falsche Weichenstellungen, Bewegungsmangel und schädliche Lebensgewohnheiten künftige Generationen von Dauerpatienten generiert werden. Wir bekennen uns dazu, daß Lehrer Vorbilder sein und durch umfassende Tüchtigkeit motivieren sollen.

Sogenannte **„Sekundärtugenden“** wie Zuverlässigkeit, Pünktlichkeit, Fleiß, Disziplin und Ordnung sollen an unseren Bildungseinrichtungen wieder einen höheren Stellenwert erhalten. Dabei halten wir die Beibehaltung bzw. Wiedereinführung von Kopfnoten für sinnvoll.

Der Geschichtsunterricht darf nicht länger einem wissenschaftlich überholten Geschichtsbild und der Verstärkung historischer Schuldkomplexe dienen, sondern muß der Vermittlung eines objektiven und umfassenden Bildes der gesamten Geschichte unseres Volkes verpflichtet sein.

Die NPD wird sich dafür einsetzen, daß die im Zuge des sogenannten **„Bologna-Prozesses“** umgesetzte Internationalisierung des Hochschulsektors und die damit einhergegangene Abschaffung der hochwertigen Diplom- und Magister-Abschlüsse rückgängig gemacht wird, erforderlichenfalls im europäischen Alleingang. Die Hochschulen haben nach unserem Verständnis nicht die Aufgabe, Studenten nach kurzfristigen Marktbedürfnissen zu „produzieren“, sondern jungen Menschen eine ganzheitliche Ausbildung zu vermitteln und sie zur eigenständigen wissenschaftlichen Arbeit zu befähigen.

Studiengebühren für das Erststudium sind sozial ungerecht und daher abzulehnen. Ausländische Studenten sollten nur dann einen Platz an deutschen Hochschulen erhalten, wenn kein Deutscher diesen Platz beansprucht.

Damit das deutsche Bildungswesen künftig international wieder einen Platz in der Spitzenliga behaupten kann, sind **mehr staatliche Investitionen im Bildungssektor** unumgänglich. Durch eine konsequente Ausrichtung am Leistungsprinzip und eine ebenso konsequente Absage an linke Gleichmacherei wird Deutschland den erhöhten Bedarf an Leistungsträgern künftig wieder aus eigener Kraft decken können.

Im **Kulturbereich** bekennen wir uns zum Schutz unseres reichen kulturellen Erbes vor Entstellung, Verfälschung und Ausverkauf. Die NPD möchte das nationale Kulturerbe unter den besonderen Schutz des Staates gestellt wissen; gegen seine verzerrende, obszöne oder grob entstellende Darbietung soll künftig ein Bundeskulturrat einschreiten können. Deutsches Kulturerbe darf nicht als „Weltkulturerbe“ durch überstaatliche Institutionen vereinnahmt werden.

Unbeschadet der föderalistischen Traditionen unseres Landes in Kulturangelegenheiten sehen wir **zentralen Regelungsbedarf** im Bereich der



staatlichen Film- und Kunstförderung sowie der Medienpolitik. Ein Grundrecht auf tendenziöse und diffamierende Berichterstattung akzeptieren wir nicht – auch nicht unter Berufung auf die Grundrechte der Meinungs- und Pressefreiheit. Diese finden dort ihre Grenze, wo **Grundwerte der abendländischen Tradition** wie Heimat, Familie und Religion verächtlich gemacht, Massenmedien zum politischen Meinungskampf mißbraucht und der öffentliche Raum zur Projektionsfläche des Obszönen gemacht werden.

Von Ausübenden und Verantwortlichen im Medienbetrieb sind wieder Objektivität und fachliche Qualifikation nach **Maßgabe der geltenden Pressegesetze** einzufordern; Mißbrauch von Medienmacht ist unter Strafe zu stellen. Die staatliche Kultur- und Filmförderung ist unter den gleichen Gesichtspunkten neu zu regeln; der Abfluß deutscher Steuer- und Fördergelder in ausländische Filmproduktionen ist zu unterbinden.

Die NPD setzt sich für eine **staatliche Sprachpolitik** nach französischem Vorbild ein. In ihrem Rahmen ist die Förderung des Deutschen in der Welt zu zentralisieren und der Schutz der deutschen Sprache vor Verwahrlosung und Überfremdung im Inneren von besonderen, vom Staat zu bestimmenden Institutionen wahrzunehmen. Die NPD spricht sich für die Schaffung eines staatlichen Sprachschutzrates nach dem Muster der Académie Française aus.



SOUVERÄN

UNTER FREIEN VÖLKERN

» AUSSEN- UND EUROPAPOLITIK

Das vorrangige Handlungsfeld deutscher Politik am Beginn des 21. Jahrhunderts muß die Herstellung einer gerechten und zukunftsfähigen Binnenordnung unseres Landes sein. Zur Erreichung dieses Ziel ist außenpolitisch die **Wiederherstellung unserer nationalen Handlungsfähigkeit und Souveränität** geboten. Diese ist im Zeichen der globalisierten Weltordnung nicht mehr gegeben, woraus führende Vertreter der etablierten Versagerparteien längst kein Hehl mehr machen.

Die **globalisierte Weltordnung** versteht sich als Erfüllungsgehilfin des entfesselten internationalen Kapitals, das auf die Bedürfnisse selbständiger Volkswirtschaften keinerlei Rücksicht mehr nimmt. Sie stellt deshalb für das Überleben souveräner Völker eine existentielle Bedrohung dar.

Die NPD lehnt eine **unipolare Weltordnung** unter Führung des „Westens“ deshalb ab und vertritt die Auffassung, daß eine multipolare Weltordnung der freien Entfaltung souveräner Völker besser gerecht wird. Wir streben den Abschied von der manischen transatlantischen Fixierung der deutschen Politik an und befürworten eine **stärkere Kooperation mit europäischen Partnern wie Frankreich und eurasischen Machtzentren wie Rußland und China**. Von der weltweiten Interventions- und Destabilisierungspolitik der USA, die rund um den Globus Leid und Unfrieden schafft, muß sich Deutschland schon aus Gründen der Selbsterhaltung distanzieren. Wir akzeptieren nicht, daß unser Land als Folge einer willfährigen transatlantischen Nibelungentreue zur **Zielscheibe terroristischer Vergeltungsangriffe** wird.

Deutsche Außenpolitik muß deutschen Interessen dienen und darf sich nicht als Transmissionsriemen überstaatlicher oder ausländischer Interessen sehen. Deutschland wird weder am Horn von Afrika noch am Hindukusch verteidigt. Die NPD fordert deshalb die sofortige **Rückkehr aller deutschen Soldaten aus dem Ausland**, ebenso den sofortigen Abzug aller fremden Truppen einschließlich der US-Atomwaffen und logistischen Einrichtungen der US-Streitkräfte aus der Bundesrepublik.

Wir setzen uns für eine Völkerrechtsordnung ein, die die inneren Angelegenheiten jedes Staates respektiert. Die **Fiktion einer „Welt-Innenpolitik“**

unter Berufung auf die Menschenrechte lehnen wir ebenso ab wie ein vermeintliches Recht auf weltweite Intervention zum Schutz „westlicher Werte“ oder zur vorseilenden Bekämpfung des „Terrorismus“.

» **Daher fordert die NPD:**

- » Eine Volksabstimmung über den Austritt Deutschlands aus der EU.
- » Keine weitere Beteiligung an Rettungsschirmen für EU-Pleitestaaen und die Einstellung sämtlicher Transferzahlungen.
- » Alle **Zahlungen an auswärtige Staaten und Institutionen** (z.B. für Weltbank, IWF, EU, Entwicklungshilfe, Stationierungskosten usw.) sind einzustellen.
- » Die Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der NATO, die seit 1999 mehrere völkerrechtswidrige Angriffskriege geführt hat, ist aufzukündigen.
- » Sämtliche Spionage- und Abhöreinrichtungen amerikanischer und anderer ausländischer Nachrichtendienste auf deutschem Boden sind zu schließen.
- » Sofortige Beendigung aller deutschen Auslandseinsätze und Rückholung der Truppen.





IM ERNSTFALL
VERTEIDIGUNGSFÄHIG
» SICHERHEIT UND VERTEIDIGUNG

Die militärischen Kapazitäten Deutschlands wurden in den letzten zwanzig Jahren massiv reduziert und in **transnationale Sicherheitsstrukturen** integriert. Die Bundeswehr verfügt demzufolge heute nicht mehr über rein nationale Großverbände in nennenswertem Umfang. Erkennbares Ziel der Umstrukturierung ist es, militärische Kapazitäten künftig nur noch auf europäischer Ebene vorzuhalten, was eine rein nationale Verteidigungsfähigkeit ausschließt. Diesem Ziel dient etwa die „Aussetzung“ (= schrittweise Abschaffung) der Wehrpflicht.

Die Bundeswehr wurde in den letzten Jahren zielstrebig von einer Verteidigungsarmee zu einer **weltweit einsatzfähigen Interventionstruppe** umgebaut. Dies wird u.a. an der Zerteilung der deutschen Streitkräfte deutlich, die einerseits relativ gut ausgerüstete „Krisenreaktionskräfte“ für den Auslandseinsatz und andererseits das restliche Gros der Streitkräfte vorsieht. Im Zuge dieses Umbaus der Bundeswehr wächst ihre Fähigkeit, sich an – meist völkerrechtswidrigen – Angriffskriegen und Interventions-einsätzen in aller Welt zu beteiligen, während ihre Fähigkeit, im Ernstfall deutsches Territorium zu verteidigen, immer weiter ausgehöhlt wird.

Die von allen etablierten Parteien getragene Sicherheitspolitik der Bundesregierung verstößt nicht nur gegen den vom Grundgesetz vorgegebenen **Verteidigungsauftrag** der deutschen Streitkräfte, sie steht auch in eklatantem Gegensatz zu allen Grundsätzen einer nationalen und demokratischen Wehrpolitik. Jeder souveräne Staat – auch Deutschland – muß die Fähigkeit und das Recht haben, sein Territorium und die Lebensinteressen seines Volkes im Ernstfall mit eigenen militärischen Mitteln zu verteidigen. Die Streitkräfte müssen in der Lage sein, der politischen Führung eigenständiges Handeln zu ermöglichen, wenn substantielle nationale Interessen bedroht sind. **Deutsche Streitkräfte dürfen nicht Mittel trans- und internationaler Großmachtpolitik sein.**

Deutsche Sicherheitspolitik muß wieder vorrangig den Schutz deutschen Territoriums und die Rückerlangung der nationalen Verteidigungsfähigkeit vor Augen haben. Weltweite Interventionseinsätze deutscher Soldaten und die globale Verflechtung deutscher Sicherheitsstrukturen auf Kosten der Fähigkeit zu nationalem militärischen Handeln lehnt die NPD mit Nachdruck ab.



» **Daher fordert die NPD:**

- » Die **Entflechtung multinationaler Großverbände** mit deutscher Beteiligung und die Wiederherstellung selbständig handlungsfähiger taktischer Großverbände.
- » Der Umbau der Bundeswehr zur internationalen Interventionstruppe ist zu stoppen und zugunsten der **Wiederherstellung der territorialen Verteidigungsfähigkeit** rückgängig zu machen, ggf. unter Einbeziehung von Konzepten der alternativen Raumverteidigung.
- » Die **Revitalisierung des deutschen Küstenschutzes** und der Grenzverteidigung und -überwachung.
- » Die Schaffung eines **nationalen Luftverteidigungsschirms** mit großer Reichweite.
- » Deutschland behält sich die **Verfügungsgewalt über eigene Atomwaffen** vor.
- » Revitalisierung nationaler Rüstungskapazitäten und eines ausschließlich nationalen Bevorratungs- und Materialbewirtschaftungswesens.
- » Die Wiederherstellung unbedingter nationaler Priorität auf allen Dienstebenen der Bundeswehr und anderer Organe der nationalen Sicherheit (BND, MAD, Bundespolizei), insbesondere im Bereich der Kooperation mit ausländischen Streitkräften und Geheimdiensten.
- » Verteidigungspolitik ist nationale Krisenvorsorge. Die NPD lehnt deshalb alle **Privatisierungsvorhaben** im Verteidigungsressort mit Nachdruck ab. Bereits erfolgte Privatisierungen (z.B. Gesellschaft für Entwicklung, Beschaffung und Betrieb mbH) sind rückgängig zu machen.

- » Die Wehrgerechtigkeit für alle jungen Deutschen ist wiederherzustellen. Die **Wehrpflicht** wird wieder in Kraft gesetzt.



www.ds-verlag.de

DSVERSAND

DAS DEUTSCHE WARENHAUS

www.aktion-widerstand.de

DIE JUGEND
FÜR DEUTSCHLAND

0352 - 587 51 85
bgst@jn-buvo.de



www.npd-materialdienst.de

Ständig aktuelle Kampagnematerialien und viele Artikel
rund um die NPD. Machen Sie selbst Politik!

Informieren. Überzeugen. Verändern.

030 - 650 111 12
material@npd.de



Spenden Sie!

Unsere Arbeit kostet Geld. Da uns das System – wo es
nur kann – finanziell schädigt, sind wir auf Spenden
angewiesen!

Kontoinhaber: **NPD-Parteivorstand**
Kontonummer: **66 000 991 92**
Institut: **Berliner Sparkasse**
Bankleitzahl: **100 500 00**





JULIAN MONACO (23)

**»Ich werbe für die
NPD, weil Freiheit
wählbar ist.«**





www.npd.de



interessenten@npd.de



030 - 650 110



030 - 650 111 40



NPD · Postfach 840157 · 12531 Berlin



NPD · Seelenbinderstr. 42 · 12555 Berlin



Ich möchte Mitglied werden (ab 16 Jahre).

Ich möchte die NPD als passives Fördermitglied regelmäßig finanziell unterstützen.

Ich möchte zu Veranstaltungen eingeladen werden.

Bitte nehmen Sie persönlichen Kontakt mit mir auf.

Vorname

Name

Straße, Nummer

Alter

PLZ, Ort

Telefon

ePost